

V-05 Hartz-IV-Sanktionen vermeiden: Jobcenter-Termine auf Augenhöhe vergeben

Antragsteller*in: Taylan Kurt u.a. (KV Mitte)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Weitere Anträge

1 **Hartz-IV-Sanktionen vermeiden: Jobcenter-Termine auf Augenhöhe vergeben**

2 136.655 Sanktionen wurden vergangenes Jahr gegenüber Personen im Arbeitslosengeld II Bezug
3 durch die Jobcenter ausgesprochen. Das Existenzminimum zu sanktionieren bedeutet, Menschen,
4 die bereits unter prekären finanziellen Bedingungen leben, in die Armut zu sanktionieren.

5 Wer bereits wenig hat, muss dadurch den Gürtel noch enger schnallen, worunter insbesondere
6 Kinder, Alleinstehende und Alleinerziehende leiden.

7 Wir Grüne lehnen deshalb Sanktionen ab! Dies haben wir auf der Bundesdelegiertenkonferenz im
8 November 2016 beschlossen. Dies ist jedoch nur durch eine Änderung der derzeitigen
9 bundesgesetzlichen Regelungen zum Arbeitslosengeld II (§§ 31 ff SGB II) durch den Bundestag
10 möglich. Im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landesebene wollen wir durch eine Änderung der
11 Verwaltungspraxis die Anzahl der Hartz-IV-Sanktionen verringern.

12 83% der in Berlin im vergangenen Jahr verhängten Sanktionen beziehen sich auf sogenannte
13 Meldeversäumnisse. (114.000). (Abgeordnetenhaus, schriftliche Anfrage 18/ 18090). Wir sind
14 davon überzeugt, dass sich viele dieser Sanktionen durch eine andere Terminvergabe in den
15 Jobcentern vermeiden lassen

16 Derzeit werden Termine von den Integrationsfachkräften der Jobcenter häufig einseitig ohne
17 Beteiligung der Betroffenen vorgegeben. Wenn die Betroffenen bei der Terminvergabe nicht
18 beteiligt werden, ist eine Berücksichtigung der persönlichen Lebensumstände (z.B. die Pflege
19 von Angehörigen) nicht möglich. Eine neue Praxis der Terminvergabe der Jobcenter ist daher
20 zwingend geboten, um die Wahrnehmungsquote von Einladungen durch die Betroffenen zu erhöhen!

21 Dies wollen wir erreichen durch:

- 22 1. Die Berücksichtigung von Zeitfenstern von Leistungsbeziehenden für Terminwünsche.
- 23 2. Die gemeinsame Festlegung der Folgetermine im persönlichen Gespräch bzw. telefonisch.
- 24 3. Die Einführung eines Online-Terminkalenders anlehnend an die Buchung von Terminen beim
25 Bürgeramt, bei welchem die Leistungsbeziehenden ihren Termin in einem vorgegebenen
26 Zeitfenster selbstständig buchen sollen. Das Jobcenter Berlin Mitte plant hierzu bereits ein
27 Modellprojekt, das auf grüne Initiative entstanden ist.
- 28 4. Eine Untersuchung, welche Jobcenter im Berlinvergleich eine deutlich höheren
29 Wahrnehmungsquote bei der Terminvergabe haben und warum dies so ist (best practice).
- 30 5. Eine Selbstverpflichtung der Jobcenter im Rahmen ihrer jährlichen Arbeitsprogramme, die
31 Wahrnehmungsquote von Terminen zu erhöhen.

32 Wir sehen in der Umsetzung dieser Maßnahmen drei Vorteile:

- 33 1. Die Ziele der Jobcenter bei der beruflichen Förderung ihrer Leistungsbeziehenden können
34 nur erreicht werden, wenn Gespräche mit den Leistungsbeziehenden tatsächlich stattfinden.
- 35 2. Eine Betreuung auf Augenhöhe würde zumindest bei der Terminvergabe im Sinne der
36 Betroffenen gefördert werden. Das ist derzeit bei einer einseitigen Terminvergabe nicht der
37 Fall. Denn Betroffene nehmen diese als "Vorladung" per Brief wahr, wodurch keine Augenhöhe

38 zwischen dem Jobcenter und den Betroffenen gewährleistet ist. Mehr Augenhöhe führt zu mehr
39 Akzeptanz für die Jobcenter.

40 3. Weniger Sanktionen bedeuten weniger Klageverfahren und weniger Verwaltungsaufwand.

41 Der selbstbestimmte Mensch und seine Würde stehen für uns im Mittelpunkt. Wenn es um die
42 Existenzsicherung von Menschen geht, brauchen wir einen Umgang auf Augenhöhe. Das muss sich
43 in der Arbeit der Jobcenter und bei der Vergabe von Terminen widerspiegeln.

Begründung

Weitere Antragsteller*innen:

Dennis Mateskovic (KV Tempelhof-Schöneberg), Nina Freund (KV Tempelhof-Schöneberg), Claudia Schulte (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Hanna Steinmüller (KV Mitte), Till Win (KV Tempelhof-Schöneberg), Tabea Schoch (KV Tempelhof-Schöneberg), Thomas Gutsche (KV Tempelhof-Schöneberg), Fatos Topac (LAG Gesundheit und Soziales), Silke Gebel (KV Mitte), Mona Hille (KV Mitte), Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf), Sebastian Weise (KV Charlottenburg- Wilmersdorf)